

An die
Raiffeisenkasse
Geschäftsstelle

....., am

Betreff: Mitteilung im Rahmen des „Abkommens über den sozialen Vorschuss zugunsten der Arbeitnehmer, die die in den Artikeln 19 bis 22 des GD Nr. 18 vom 17. März 2020 genannten Leistungen für Lohnausgleichskasse erhalten“

Vorausgeschickt, dass:

- das Unternehmen _____ am _____ den Antrag auf Gewährung der ordentlichen Lohnausgleichskasse aufgrund der Covid-19-Notlage - durch direkte Zahlung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften - bei der zuständigen Behörde eingereicht hat;
- sich unter den auf null-Stunden suspendierten Arbeitnehmern auch der / die unterfertigte Arbeitnehmer/in _____ befindet und diese/r daher nach Ausstellung der Genehmigung Anspruch auf die gesetzliche Leistung der Lohnausgleichskasse haben wird.

In Bezug auf das Abkommen über den sozialen Vorschuss auf die Vergütung der Lohnausgleichskasse wegen der Covid-19-Notlage, welches von der Raiffeisenkasse umgesetzt wird,

BEANTRAGT DER / DIE UNTERFERTIGTE

Nachname
Vorname
geboren in am
wohnhaf in
Straße und Hausnummer
Telefon Steuernummer
Personalausweis Nummer

ausgestellt von am

Angestellte/r des Unternehmens

mit Sitz in

Straße und Hausnummer

aufgrund der Covid-19-Notlage für Wochen in Lohnausgleichskasse (Zeitraum anführen),

die Auszahlung des Vorschusses der im Betreff angeführten Abkommen genannten Leistung, und zwar zu den von Ihnen mitgeteilten Bedingungen.

Die Finanzierung erlischt zum Zeitpunkt der Auszahlung der Leistung seitens der zuständigen Versicherungsinstituts „N.I.S.F./INPS“ bzw. gemäß den im vorgenannten Abkommen vorgesehenen Modalitäten.

In Bezug auf das Abkommen über die soziale Vorauszahlung der Leistung für die Lohnausgleichskasse für den Covid-19-Notfall teilt der Arbeitgeber die Prinzipien, Kriterien und Hilfsmittel, welche von der Konvention vorgesehen sind, der die die Raiffeisenkasse beigetreten ist. Die Konvention kann auf der Seite www.abi.it abgerufen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift des Arbeitnehmers / der Arbeitnehmerin

.....

Unterschrift des Unternehmens zur Genehmigung

.....

An die
Raiffeisenkasse.....
Geschäftsstelle

....., am

In Bezug auf den Finanzierungsantrag gemäß des „**Abkommens über den sozialen Vorschuss zugunsten der Arbeitnehmer, die die in den Artikeln 19 bis 22 des GD Nr. 18 vom 17. März 2020 genannten Leistungen für Lohnausgleichskasse erhalten**“, erklärt der / die Unterzeichnete

Herr / Frau
geboren in am
und wohnhaft in
Straße Nr.,

dass er / sie für die in den verschiedenen Verfahrensschritten abgegebenen Erklärungen unmittelbar verantwortlich ist, und dass er / sie sich dazu verpflichtet, dem Unternehmen und der Raiffeisenkasse rechtzeitig jede Situation bzw. jedes Ereignis, welche sich auf seinen / ihren besonderen „Beschäftigungsstatus“ auswirken können, mitzuteilen, sowie seinen / ihren Arbeitgeber über die Annahme seines / ihres Antrags auf Vorschuss zu informieren.

Der / Die Unterfertigte verpflichtet sich hiermit unwiderruflich dazu, das Versicherungsinstitut „N.I.S.F./INPS“ zu ermächtigen, die ihm / ihr zustehenden Leistung auf das auf ihn / sie lautende Kontokorrent IBAN-Nr. bei der Raiffeisenkasse....., Geschäftsstelle....., auf welchem der vorgenannte Vorschuss gewährt und zur Verfügung gestellt wurde, gutzuschreiben, und eine Ausfertigung des vorliegenden Formblatts der Geschäftsstelle der die Finanzierung bereitstellenden Raiffeisenkasse zukommen zu lassen.

Der / Die Unterfertigte ermächtigt die Raiffeisenkasse,
vom oben genannten Kontokorrent einen Betrag abzuheben, der dem aufgrund des Vorschusses
geschuldeten Gesamtbetrag entspricht, sobald die Leistung der Lohnausgleichskasse wegen der
Covid-19-Notlage vom „N.I.S.F./INPS“ dem Konto gutgeschrieben werden.

Sollte der Antrag auf die Lohnausgleichskasse oder jener auf direkte Zahlung aufgrund der
Covid-19-Notlage seitens der zuständigen Behörde nicht genehmigt werden, verpflichtet sich der /
die Unterfertigte gemeinsam mit dem Arbeitgeber, der für die im Abkommen vorgesehenen Fälle
gesamtschuldnerisch haftet, dazu, innerhalb von dreißig Tagen ab dem Datum der Ablehnung des
Antrags auf ordentliche Lohnausgleichskasse oder jenes auf direkte Zahlung die vorgenannte
Finanzierung vollständig zu tilgen.

Als Garantie für die Rückzahlung der gewährten Finanzierung erklärt der / die Unterfertigte, der
Raiffeisenkasse..... -
unter Einhaltung und im Sinne der geltenden Bestimmungen - die zu bestimmten Zeitpunkten
gegenüber dem „N.I.S.F./INPS“ bestehenden Forderungen abzutreten, und er stimmt gleichzeitig
der Mitteilung dieser Abtretung an das „N.I.S.F./INPS“ in seiner Eigenschaft als abgetretener
Schuldner mit allen sich daraus ergebenden Folgen zu.

Der / Die Unterfertigte verpflichtet sich zudem - unter Einhaltung und im Sinne der geltenden
Bestimmungen - die Bezüge und alle Vergütungsbestandteile, die vom Arbeitgeber geschuldet
werden, als Garantie zu hinterlegen. Zu diesem Zweck ermächtigt der / die Unterfertigte ab sofort
den Arbeitgeber, der dies annimmt, sieben Monate nach Eröffnung der Finanzierung einen
Vorschuss zur Tilgung der Gesamtschuld auf das hierfür vorgesehene Kontokorrent einzuzahlen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift des Arbeitnehmers / der Arbeitnehmerin

.....

Unterschrift des Unternehmens zur Genehmigung

.....